



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reichsspiegel : (vom 13. bis 20. Mai)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Reichs Spiegel

(vom 13. bis 20. Mai)

Kaiser und Reich

Rückkehr aus Korfu — Die Besprechung in Stuttgart — Der Kaiser in Straßburg — Ausbeutung der Kaiserworte durch Demokraten — Unzulässigkeit des Vergleichs mit 1908 — Konsequenzen — Bethmann im Glück — Zentrum und Nationalliberale über Besitzsteuern

Nach sechswöchentlicher Abwesenheit hat der Kaiser am Sonnabend, den 11. d. Mts., wieder deutschen Boden betreten, erwartet von der Ungeduld derer, die sich von seiner Rückkehr die Entscheidung über verschiedene schwebende Fragen der auswärtigen Politik versprochen. So hat denn auch sein erstes Zusammentreffen mit den verantwortlichen Leitern der deutschen auswärtigen Politik, mit dem Reichskanzler und dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts, denen sich Freiherr Marschall von Bieberstein, nunmehriger Botschafter in London, angeschlossen hatte, eine ganz besondere Aufmerksamkeit gefunden. Was in Stuttgart im einzelnen zwischen dem Monarchen und seinen obersten Vertrauensmännern besprochen wurde, entzieht sich naturgemäß unserer Kenntnis.

Von Stuttgart hat sich der Kaiser zunächst nach Straßburg begeben, wo er durch eine unvorhergesehene Kundgebung die Aufmerksamkeit des gesamten In- und Auslandes auf eine Frage gelenkt hat, die schon lange einen wunden Punkt an Deutschlands innerer Politik bedeutet: auf die Elsaß-Lothringische. Vom Kanzler, aber auch von den zuständigen kommandierenden Generalen davon unterrichtet, daß die jüngste Entwicklung der Stimmung in den Reichslanden die Warnungen aller derer rechtfertigt, die seinerzeit gegen die Einführung einer neuen Verfassung Einspruch erhoben, unterrichtet von den Taktlosigkeiten gegen die Person des Monarchen selbst, dessen Initiative die Elsaß-Lothringer doch in erster Linie die neue Verfassung zu danken haben, hat der Kaiser seinem Unwillen in einem Gespräch privaten Charakters mit dem Oberbürgermeister von Straßburg kräftigen, seinem Temperament entsprechenden Ausdruck verliehen. Die laut gesprochenen Worte des Kaisers sind auch von solchen Personen gehört worden, für die sie vielleicht nicht bestimmt waren, und diese haben sie mit starken Übertreibungen an die französische Presse weitergegeben.

Den Feinden eines auf Vertrauen beruhenden Verhältnisses zwischen Kaiser und Nation kommen die Äußerungen des Monarchen naturgemäß sehr gelegen,

und Zentrum und Sozialdemokratie sind schon emsig an der Arbeit, sich als Güter der Verfassung gegenüber einem „staatsstreichlüsternen“ Monarchen hinzustellen. Wieder andere, denen daran gelegen ist, die verfassungsmäßigen Rechte der Krone gegenüber dem Parlament einzuschränken, benutzen die Gelegenheit, um die Ausführungen des Kaisers als Entgleisungen hinzustellen, wie sie seinerzeit zu den Novemberdebatten des Jahres 1908 geführt haben. Wir möchten nicht verfehlen, die Kaiserworte als überflüssig zu bezeichnen, es sei denn, es folgte ihnen eine entsprechende Aktion auf dem Fuße. Wir wünschen nicht, daß Kaiserworte als unerheblich beiseite geschoben werden könnten, wir würden es im Interesse des Reiches und der Monarchie tief beklagen, wenn ein bedeutender Volksteil aufhörte, Kaiserworte ernst zu nehmen. Das Kaisertum ist uns Deutschen das Symbol der Einigkeit; dies Symbol wollen wir uns nicht herabsetzen lassen. In der Sache selbst können wir unbedenklich an die Seite des Monarchen treten. Wenn der Monarch im Hinblick auf die geradezu unglaublichen Zustände bei der Gravenstadener Lokomotivfabrik, im Hinblick auf die taktlose Haltung der Kammer und im Hinblick auf das feindselige Benehmen der französisch denkenden Bevölkerung während der letzten Manöver gegen die einquartierten deutschen Soldaten, worüber haarsträubende Berichte vorliegen, Zweifel über die Richtigkeit seiner versöhnlichen Politik ausspricht und auf die Möglichkeit einer Revision dieser Politik hinweist, dann gibt er nur dem Ausdruck, was Millionen Deutsche seit langem empfinden. Was der Kaiser seinerzeit in England gesprochen, stand aber mit den Empfindungen des gesamten deutschen Volkes in Widerspruch. Wenn jetzt in der demokratischen, ultramontanen und einem Teil der liberalen Presse andere Auffassungen verbreitet werden, so widersprechen sie den Tatsachen. Es ist diesmal nicht nur der enge Kreis von Chauvinisten, denen der Kaiser aus dem Herzen gesprochen hat. Die gesamte konservative und ein wichtiger Teil der liberalen Presse in Nord und Süd würde die Reichsregierung freudig unterstützen, wenn diese heute den Plan ernsthaft ins Auge fassen wollte, die Reichslande in eine preußische Provinz umzuwandeln. Die Frage wäre nur, ob ein solches Vorgehen nicht zu spät käme und ob nicht der Preis, den Preußen für das ihm eventuell entgegengebrachte Vertrauen zu zahlen hätte, den konservativen Parteien zu hoch schiene.

Die Folgen der Kaiserworte haben Wirkungen erzeugt, die wohl niemand erwartet hat. Am Freitag hatte sich der Reichstag zur zweiten Lesung des Etats zusammengefunden und sich darauf vorbereitet, beim Titel „Gehalt des Reichskanzlers“ einen konzentrisch geführten Sturm gegen die Stellung des Herrn von Bethmann zu laufen. Die Kaiserworte haben den Parteien gründlich das Konzept verdorben. Der Sozialdemokrat Scheidemann hat sich erdreistet, eine Rede zu halten, die alle Angehörigen der bürgerlichen Parteien bis in die Reihen des Freisinns aufs tiefste beleidigte. Aller gegen den Kanzler angesammelte Zorn wandte sich gegen die Sozialdemokratie und als Herr von Bethmann seine warmen Worte zugunsten der kaiserlichen Ausführungen gesprochen hatte, erhielt er den Beifall aller bürgerlichen Parteien, deren linker Flügel doch ein Grauen ob der roten Genossen bekam.

Es ist vielleicht kein Zufall, wenn gerade nach dem Auftreten Scheidemanns zwischen Zentrum und Nationalliberalen eine Verständigung über die

Deckungsfrage erzielt wurde, die vorher nicht recht von der Stelle kommen wollte. Ob sie zu einer weiteren Verständigung aller bürgerlichen Parteien führen kann, wie manche Optimisten hoffen, wird wohl in erster Linie von der Stellung abhängen, die die Konservativen zu der neuen Formulierung einer Besitzsteuer vorlage einnehmen werden.

G. C.

Diplomaten und ihre Aufgaben

Aussprachen im Reichstage — Klagen über Unzulänglichkeit der Diplomatie — Verbesserung des Erlasses — Vorschlag Heckscher-Nichtshofen — Ausbildung und Auswahl der älteren Diplomaten — Freiherr Marschall von Bieberstein in London — keine Botschafterpolitik — Marschalls Vorgänger Graf Wolff Metternich — Eine besondere Mission Marschalls? — Beziehungen zwischen Nationen und Staaten

Die abgelaufene Woche gehörte in erster Linie der Besprechung der internationalen Politik, da in ihr der Etat des Auswärtigen Amtes in der Budgetkommission und das Gehalt des Reichskanzlers im Plenum des Reichstages zur Verhandlung stand. Wie bekannt, pflegen im Anschluß hieran alljährlich die Aussprachen über Deutschlands internationale Lage stattzufinden und die verschiedenen Parteien und Interessentengruppen pflegen teils in der Kommission, teils im Plenum durch mehr oder minder gut unterrichtete Abgeordnete ihre besonderen Wünsche vortragen zu lassen und ihren Gefühlen des Unwillens, seltener der Freude Ausdruck zu geben.

Wenn man von allem Beiwerk absieht, so darf man als den Mittelpunkt der Verhandlungen die Erörterungen über die Unzulänglichkeit der Diplomatie bezeichnen. Die Klagen, die darüber vorgebracht worden sind, dürfen indessen nur zum Teil als berechtigt anerkannt werden. Nicht zu folgen vermag ich den Ausführungen der Abgeordneten, die auf eine intensivere Durchbildung der Diplomaten in Richtung auf bestimmte kaufmännische und volkswirtschaftliche Spezialkenntnisse hinzielen. Solche Spezialkenntnisse machen leicht einseitig und schwerfällig im großen bei tatsächlicher Rührigkeit und scheinbaren Erfolgen in Einzelfragen. Der deutsche Diplomat muß als Grundlage seines Könnens, neben einer ausgezeichneten allgemeinen Bildung, eine unerschütterliche Staatsgesinnung haben, die es ihm ermöglicht, stets den richtigen Abstand zu finden zwischen den Sonderinteressen Einzelner und dem Allgemeinwohl. Sie gibt ihm die nötige Festigkeit bei den Verhandlungen, sowohl mit den auswärtigen Mächten, die das fremde Staatsinteresse vertreten, wie mit den einheimischen Interessenten, die in erster Linie für die Anerkennung privater Interessen kämpfen; sie gibt ihm auch den Maßstab in die Hand zur Bewertung der Einzelaussprüche der verschiedenen Branchen und Gewerbe, die ihm durch die Fachorgane und die eigens dazu bestellten Sachverständigen zugetragen werden. Ist der Diplomat fleißig und gewissenhaft in der Sichtung des ihm zugehenden Materials, dabei wie ein tüchtiger Journalist feinfühlig und scharfhörig für die Lebensregungen in seiner Umgebung, was unbedingt erforderlich, auch unzugänglich persönlichen Schmeicheleien, mögen sie nun in Ordensauszeichnungen, Promotionen zu Ehrendoktoren oder glänzenden Festlichkeiten bestehen, dann haben wir den Typus, dessen wir als Vertreter unserer Reichsinteressen im Auslande bedürfen. Alles andere, wie die Materialbeschaffung, die Einrichtung des Nachrichtendienstes u. a. m. ist Sache der Organisation, die

immer weiter auszubauen wiederum Sache aller gesetzgebenden Faktoren einschließlich des Reichstages ist.

Woher aber die tüchtigen Diplomaten nehmen? In allen Privatunternehmungen der Industrie, des Bankgewerbes, der Verkehrsunternehmungen befindet man sich dauernd auf derselben Suche nach „geeigneten“ Männern und doch ist es immer ein Zufall, wenn dort ein tüchtiger Direktor auch einen entsprechenden Nachfolger findet. Wenn die Auswahl tüchtiger Männer für den diplomatischen Dienst überhaupt erleichtert werden kann, so scheint es mir auf dem Wege, den die Abgeordneten Hefschler und Freiherr von Nichteusen vorgeschlagen haben. Sie wünschen den Kreis für die Wahl dadurch zu erweitern, daß sie auch die Herren aus der Konsularkarriere zur Konkurrenz herangezogen wissen wollen. Dieser Weg ist seitens eines früheren Staatssekretärs, nämlich des Vaters von Nichteusen verschiedentlich betreten worden. Aber meist scheiterten seine Bemühungen an der finanziellen Seite der Frage. Unsere Konsularbeamten stammen zumeist nicht aus jenen sehr vermögenden Kreisen, aus denen die Diplomaten entnommen werden, und dem Auswärtigen Amt fehlt es an Mitteln, tüchtige aber unbemittelte Herren im diplomatischen Dienst zu verwenden. Die Resolution Hefschler-Nichteusen fordert nun, dem Staatssekretär sollen 400000 bis 500000 Mark lediglich zum Zweck einer genügenden Befoldung von Beamten aus der Konsularkarriere, die in den diplomatischen Dienst herüber zu nehmen wären, zur Verfügung gestellt werden. So gut der Vorschlag ist, soll man seine Tragweite nicht überschätzen. Schon bei der Besetzung der Gesandten- und Botschafterposten muß das vorgeschlagene Mittel versagen. In Petersburg, London, Washington setzen die Botschafter erfahrungsmäßig erhebliche Bestandteile ihres Vermögens daran. Im übrigen wird die Auswahl nach wie vor von der „glücklichen“ Hand des Staatssekretärs abhängen.

Aus dem Gesagten folgt aber auch noch etwas anderes: man wird den gerade amtierenden Staatssekretär nicht verantwortlich machen können für die Leistungsfähigkeit der ihm zur Verfügung stehenden älteren Diplomaten wie Gesandten und Botschafter, sondern nur dafür, daß die geeigneten Persönlichkeiten auch auf den richtigen Platz gesetzt werden. Die Ausbildung hat gewöhnlich in der Hand der oder des Vorgängers gelegen, die Auswahl liegt in der Hand des amtierenden Leiters der Politik. Da aber die beste Erziehung das gute Beispiel ist, so müssen wir uns darauf gefaßt machen, daß eine Periode ungeschickter, schwächlicher, Scheinerfolgen dienender Politik auch nur schwächliche, Scheinerfolgen hulldigende Diplomaten hervorbringt. Eine Epoche, in der der Schein den realen Verhältnissen nicht immer entsprach, liegt hinter uns, und so macht sich denn auch der Mangel an tüchtigen älteren Diplomaten recht fühlbar. Wer aber mit den Personalverhältnissen des diplomatischen Dienstes einigermaßen vertraut ist, wird die Wahrnehmung gemacht haben, daß seit drei Jahren doch ganz energische Korrekturen in der Besetzung der verantwortlichen Stellen vorgenommen wurden, bei denen tatsächlich die Fähigkeiten den Ausschlag gegeben haben.

Einen Beweis für die Sachlichkeit des Vorgehens bei der Stellenbesetzung bietet auch die Besetzung des Herrn Marschall von Bieberstein auf den Botschafterposten nach London. Sie hat viel Staub aufgewirbelt. Angesichts der deutsch-englischen Verhandlungen hat man von einer besonderen, womöglich

geheimen Mission Marschalls gesprochen. Wenn man die Äußerungen der Presse genau verfolgt, könnte man auf den Gedanken kommen, daß die auswärtige Politik Deutschlands nicht vom Reichskanzler nach den Intentionen des Kaisers in Berlin bestimmt wird, sondern in den einzelnen Botschafterpalais. Die Vorstellung wäre falsch. In Deutschland gibt es, so lange tüchtige Männer in der Wilhelmstraße sitzen, in der Tat keine Botschafterpolitik, die sich nicht nach den Weisungen der Zentralstelle richtet. Und wenn die eine oder andere ausgeprägte Persönlichkeit sich in gewissen Fällen zu Eigenmächtigkeiten hinreißen ließ, so erfolgte noch regelmäßig die sofortige Remedur nicht nur unter Bismarcks, sondern auch unter Bethmanns Leitung. Die Botschafter und Gesandten sind bezüglich der großen Richtlinien der Politik Figuren auf einem Schachbrett vergleichbar, die von der Hand des Spielers, in diesem Falle dem Leiter der deutschen Politik, hin- und hergeschoben werden, je nach den Bedürfnissen des Augenblicks, den Schachzügen des Gegners und nach der Eigenart der einzelnen Figur. Und wenn eine bedeutende Figur ausfällt, so muß der Spieler den Verlust durch Umstellung seiner Figuren wieder auszugleichen suchen. In der Diplomatensprache nennt man dies *revirements*.

Nicht mehr bedeutete die kürzlich notwendig gewordene Versetzung des Freiherrn von Marschall nach London. Graf Wolff Metternich fällt aus. Er zieht sich nach zwanzigjähriger erfolgreicher Tätigkeit als eine Hauptfigur vom Schachbrett der Politik zurück. Mit Rücksicht auf äußere Umstände hatte der Graf schon länger ausgehalten, als er es selbst gewünscht hatte und voraussehen mochte. Aristokrat und Diplomat der älteren Schule, Zungefelle, und als solcher womöglich noch zurückhaltender in seinem Auftreten wie seine Standesgenossen es so schon zu sein pflegen, hat der Tod Eduards des Siebenten und die damit verbundene Verjüngung der Hofgesellschaft zu St. James Lücken in die Beziehungen des Diplomaten gerissen, die dieser voll auszufüllen sich nicht elastisch genug fühlte. Und in Erkenntnis dieser seiner Schwäche hat Graf Wolff Metternich schon im Frühjahr des Jahres 1911 um seine Stellung zur Disposition gebeten. Auf Wunsch Seiner Majestät des Kaisers und auch der ihm übergeordneten verantwortlichen Stellen hat er aber doch noch auf dem schwierigen Posten ausgehalten, um während der scharfen Zuspitzung der deutsch-englischen Beziehungen im vergangenen Jahre seine reichen Erfahrungen nicht brach zu legen. Seit einiger Zeit sind die Dinge wieder so weit in der Reihe, daß ein Wechsel in der Besetzung des Londoner Botschafterpostens ohne Nachteil für Deutschland vollzogen werden konnte. Bei der großen Bedeutung Londons für die Weltpolitik war es natürlich, daß der Kaiser genau Umschau unter seinen Diplomaten hielt und daß er sich nicht damit begnügte, eine Repräsentantenfigur nach St. James zu entsenden, sondern einen aktiven Staatsmann, der neben dem Allerhöchsten Vertrauen auch das der englischen Staatsmänner und, es darf offen ausgesprochen werden, auch das Vertrauen der großen Welthandel treibenden Kreise Deutschlands besitzt. Erinnerung man sich der Geschäftstüchtigkeit des Herrn von Marschall, die er in seinem langen Kampf um die Bagdadbahn bewiesen hat, erinnert man sich weiter, welche eine große Umsicht dieser ehemalige Jurist (Marschall ist aus dem Richterstand hervorgegangen) bei den Verhandlungen der Haager Konferenz bewiesen hat, so wird man zugeben, daß die Wahl eine gute war. Einen Richtungswechsel in unserer

auswärtigen Politik aber bedeutet sie nicht. Ein solcher wäre doch nur möglich, wenn auch der Reichskanzler und der Staatssekretär des Auswärtigen, die dem neuen Botschafter Weisung zu geben haben, gewechselt hätten.

Aber auch von einer besonderen Mission Marschalls darf kaum gesprochen werden. Unverantwortliche Blätter haben den neuen Botschafter als den Engel mit der Friedenspalme hingestellt, wieder andere als den starken Mann, der England endlich zur Liebe für Deutschland zwingen würde. Ich glaube, wer so schrieb, der hat nicht nur ganz falsche Bilder von den schweren Aufgaben entworfen, die Marschalls in London harren, er hat auch die Durchführung der tatsächlich vorhandenen Aufgaben erschwert. Durch die Äußerungen unserer Presse ist nicht nur das Gefühl der englischen Nationalisten gereizt, sind nicht nur die französischen Sympathiser in Schrecken gesetzt worden, man hat auch im Inland im Publikum Hoffnungen geweckt, die nie erfüllt werden können und infolgedessen Enttäuschung und Mißmut um so mehr nach sich ziehen müssen, je größer im deutschen Volk das Bedürfnis nach einer vollständigen Verständigung mit England vorhanden ist.

Beziehungen zwischen Nationen und Staaten können wohl durch die Wirksamkeit einzelner Persönlichkeiten formell getrübt oder verbessert, aber niemals von Grund aus geändert werden. Mögen die Staatsmänner noch so hoch gestellt sein, seit es eine Demokratie gibt, entscheidet ausschließlich der Nutzen, oder richtiger: es entscheidet das, was die Völker für nützlich halten. Der einzelne kann Stimmungen beeinflussen, das Interesse vorübergehend auf bestimmte Fragen lenken, aber nur einigen wenigen glücklich Geborenen ist es vergönnt, Entwicklungsepochen friedlich zum Abschluß zu bringen. Sie erscheinen dann als deren Vollender, obwohl sie tatsächlich doch nur Werkzeuge der die Entwicklung bestimmenden, nicht jedermann bekannten Gesetze waren. Nicht anders wird es Marschall in London ergehen. Ist die Zeit für eine Verständigung zwischen Deutschland und England reif, so wird er Vollender einer Epoche deutsch-englischer Beziehungen werden, kommt er zu früh, so wird er die große Zahl jener Redlichen vermehren, die in treuer Hingabe einem großen Ziele zustrebten, ohne es je erreichen zu können.

G. Cl.

Deutsch-russischer Getreidehandel

Es betrug (in dz = 100 kg)

Einfuhr 1911:

	Roggen	Weizen	Gerste	Hafer
Insgesamt	6 139 051	24 855 785	34 779 796	6 283 084
Davon aus Rußland . . .	5 568 760	11 183 948	31 993 158	5 155 688

Diese Zahlen können und sollen nichts anders zeigen als das Interesse, welches der deutsche Getreidehandel an der russischen Getreideproduktion und an dem ungehinderten Verkehr von und nach dem Schwarzen Meere hat. Dieser Verkehr ist durch die Dardanellensperre vom 19. April bis 18. Mai gestört worden. Was das besagen will, erhellt, wenn man sich vergegenwärtigt, daß 1911 nach Deutschland aus Rußland eingeführt wurden (in dz = 100 kg):

Monat	Roggen	Weizen	Gerste	Hafer
April	468 092	997 017	1 953 269	427 491
Mai	669 385	886 469	2 462 721	450 714

Angeichts dieser Einfuhrziffern ist es verständlich, wenn aus der Sperre Schwierigkeiten für den russisch-deutschen Getreidehandel entstanden sind. Diese Schwierigkeiten hätten sich jedoch bei guter Absicht verhältnismäßig leicht überwinden lassen, statt dessen haben sie zu Mißständen geführt, da, wie es den Anschein hat, auf deutscher wie auf russischer Seite versucht worden ist, in nicht einwandfreier Weise aus den ungewöhnlichen Verhältnissen Kapital zu schlagen. Daß derartige von kleinen russischen Abladern versucht wird, ist nicht verwunderlich — sie suchen aus allen ungewöhnlichen Verhältnissen Vorteil zu ziehen, denn trotz aller Bestrebungen, die Verhältnisse zu bessern, ist es eben bis heute immer noch nicht gelungen, die Unreellität im russischen Getreidehandel zu beseitigen. Mit anderem Maßstab aber muß der deutsche Getreidehandel gemessen werden. Wenn es wahr ist, daß deutsche Getreidehändler kleinere russische Firmen veranlaßt haben, nicht zu liefern, obwohl sie es konnten, um sich unter Berufung auf die Nichtlieferung von ihren Kontrakten Lossagen zu können; wenn es zutrifft, daß deutsche Händler, obwohl ihnen hinreichender Schiffsraum zur Verladung zur Verfügung stand, unter Berufung auf die Sperre ihre Verbindlichkeiten nicht erfüllten; wenn es ferner zutrifft, daß Händler, die erklärten, die billigen Kontrakte nicht erfüllen zu können, doch in der Lage waren, Aprilabladung zu den teureren Tagespreisen zu verkaufen — alles mit der Absicht, aus der Nichterfüllung ihrer Kontrakte einen mehr oder weniger großen finanziellen Vorteil zu ziehen —, so zeigt das, daß auch im deutschen Getreidehandel nicht alles so steht, wie es im Interesse seines Ansehens dringend geboten ist. Unzweifelhaft ist die Bestimmung des deutsch-niederländischen Kontraktes: „Wird die Verladung durch Ausfuhrverbot, Blockade oder Feindseligkeiten verhindert, so ist dieser Vertrag oder jeder noch unerfüllte Teil desselben aufgehoben,“ dehnbar, und es ist bedauerlich, daß man offenbar bei Abfassung dieses Vertrages an einen Fall, wie er durch die Dardanellensperre geschaffen wurde, nicht gedacht hat. Allein die Unklarheit, deren Bestehen gern zugegeben wird, rechtfertigt nicht ein Verhalten, wie es einem Teile der Getreidehändler zur Last gelegt wird.

Klarheit in die Verhältnisse würde wahrscheinlich die vom deutschen Handelstag in Aussicht genommene Internationale Getreidekonferenz gebracht haben. Sie ist einstweilen aufgeschoben; von russischer Seite wurde erklärt, im gegenwärtigen Augenblick nicht verhandeln zu können, da die Vorbesprechungen im russischen Getreidehandel noch nicht abgeschlossen seien. So muß, falls nicht doch noch eine Konferenz zustande kommt, das Ergebnis abgewartet werden, zu dem die Schiedsgerichte oder gegebenenfalls die ordentlichen Gerichte kommen werden. Es ist zu wünschen, daß das Resultat eine Rechtfertigung des deutschen Getreidehandels bedeutet.

Monzambano

Verantwortlich: der Herausgeber George Kleinow in Schöneberg. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An den Herausgeber der Grenzboten in Friedenau bei Berlin, Schwigstr. 1a.

Fernsprecher der Schriftleitung: Amt Pfalzburg 5719, des Verlags: Amt Lügow 6510.

Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW. 11.

Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW. 11, Dessauer Straße 36/37.